Graf Westarps politische Forderungen.

Eine Rede in Karlsruhe.

Karlsruhe, 14. Okt. In einer Versammlung des deutschnationalen Landesverbandes Karlsruhe besprach Graf Westarp die politische Lage. In seinen Ausführungen zur Außenpolitik sagte der Redner u. a.: Unser Parteiprogramm stellt in den Vordergrund alles politischen Denkens und Wollens die Freiheit des deutschen Volkes von fremder Zwangsherrschaft. Das Ausland müsse begreifen lernen, daß Deutschland an den Willen zur Versöhnung und Verständigung nicht glauben kann und sich nicht gleichberechtigt fühlt, solange nicht durch Taten seiner Entehrung und Unterdrückung ein Ende gemacht wird. **Das Ziel, über Locarno und Genf zu größerer Bewegungsfreiheit für den Osten zu gelangen, ist nicht erreicht.** Die Grundlage aller Unterdrückung Deutschlands ist die erpreßte Lüge des deutschen Schuldbekenntnisses. Die Ueberweisung dieser Frage an eine unparteiische Instanz und die Oeffnung aller Archive muß jetzt mit Zähigkeit verfolgt und durchgesetzt werden. Von der Notwendigkeit, die Besatzung und Militärkontrolle zu beseitigen, kann niemand mehr überzeugt sein als wir.

Kein Mensch in der Welt zweifelt mehr daran, daß die Reparationslast, das Dawesabkommen neu geregelt werden müsse.

Das wird nur dadurch geschehen können, daß an Stelle der öffentlich-rechtlichen Zahlungen eine Gesamtanleihe, möglichst eine internationale, tritt, deren Zinsen nicht höher sein dürfen, als das, was Deutschland wirklich ohne Gefährdung seiner Währung direkt bezahlen kann. Der Schutz der deutschen Währung, die durch die Auflage auch nur von zwei Milliarden in erneute Inflationsgefahr gebracht werden kann, der im Dawes-Abkommen grundsätzlich zugesagte gleiche Stand der Lebenshaltung in Deutschland wie in den anderen Ländern sind Gesichtspunkte, die maßgebend sein müssen. Der Blick auf das Ausland läßt es nicht möglich erscheinen, den von Briand in Thoiry gemachten Vorschlag als eine Angelegenheit zu behandeln, die lediglich zwischen Frankreich und Deutschland zu erledigen wäre. Schon rein formell betrachtet, haben die übrigen Massengläubiger der Dawes-Schuld entscheidend mitzureden. **Das letzte Wort aber hat Amerika zu sprechen,** dessen in engster Fühlung mit ihrer Regierung stehende Banken das Geld für den ganzen Plan herzugeben haben. Im übrigen ist bekannt, daß **eine umfassende Regelung der deutschen Reparationslast in Verbindung mit einer solchen der gesamten interalliierten Kriegsschulden** im Auslande, insbesondere bei der amerikanischen Großfinanz, längst Gegenstand eingehender Erwägungen und Erörterungen ist.

Wir sind nicht die „ewig Gestrigen", sondern wir stützen uns auf die neuesten Erfahrungen, wenn wir behaupten, daß in Frankreich die alte Einstellung auf Kampf gegen Deutschland und um den Rhein noch nicht dem neuen Geiste der Verständigung gewichen sind. Neben dieser Warnung ergeben sich für uns

sehr positive Forderungen an die deutsche Politik.

Sie muß mit den anderen Mächten des Dawes-Paktes in enger Fühlung bleiben und sich den Weg zur Annäherung an neue Machtkonstellationen, wie sie sich jetzt im Mittelmeer zu ergeben scheinen, oder an den Osten nicht verbauen, insbesondere aber die weiteren Verhandlungen nur im Rahmen unter genauester Beachtung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten führen. Engste Fühlung mit Amerika sollte auch in den Verhandlungen über die **Abrüstung** gehalten werden, die ihrem bisherigen Ergebnis nach doch geradezu als eine Farce und als Hohn auf das entwaffnete Deutschland empfunden werden müsse.

Zur Frage der Regierungsbildung,

so erklärte Graf Westarp, ist es richtig, daß **die Stellung, die inzwischen vom Zentrum und der Volkspartei eingenommen worden ist, die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der staatsbejahenden Kräfte zur Regierungsgemeinschaft im Reich, Preußen und Sachsen nicht verbessert hat.** Auf unserem Parteitag in Köln haben wir die Grundlage der Einigung bekanntgegeben, über die im gegebenen Falle einer Regierungskrise verhandelt werden muß, wenn es zu einer Regierungsgemeinschaft mit uns kommen soll. An den Parteien der Mitte liegt es, wie lange sie noch die starken nationalen und vaterländischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die in der stärksten bürgerlichen Partei vereinigt sind, weiter ausschalten wollen. Die Parteien der Mitte haben ein klares, unverwischbares Bild von der Verantwortung, die sie übernehmen, wenn sie daran festhalten, entweder mit der Sozialdemokratie oder in einer unsicheren Minderheitsregierung, die unter sozialdemokratischem Einflusse steht, gegen uns zu regieren. Solange die Mitte die Verantwortung tragen will, uns in der Stellung der Opposition zu belassen, werden wir unsere positive Arbeit auch in der Opposition entschlossen und mit in der Vergangenheit wohlbegründeter Aussicht auf Erfolg fortsetzen. **Persönliche und agitatorische Schärfen sind zu den Auseinandersetzungen mit der Mitte zu vermeiden.**

Allmählicher Abbau von Thoiry.

Die Kriegsteilnehmer fordern Sicherheit.

Paris, 14. Oktober. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde beim Empfang des Verbandes der Kriegsteilnehmer durch Poincaré auch die Frage der deutsch-französischen Annäherung berührt. Nach dem „Matin" haben die Delegierten im Prinzip die Politik der Annäherung an Deutschland, die der Mittelpunkt jeder Befriedung Europas bleibe, gebilligt, **aber gefordert, daß an Stelle der sicheren Garantie des Friedensvertrages keine bloßen Hoffnungen gesetzt würden und daß eine finanzielle Hilfe, die vielleicht illusorisch bleibe, nicht das Entgelt für die Aufgabe des Rechtes auf Reparationen sein dürfe.** (TU.)

Claudel oder nicht Claudel?

Berlin, 14. Oktober. Der französische Botschafter de Margerie wird bekanntlich bald Berlin verlassen. Ueber seinen Nachfolger ist zwischen Berlin und Paris bereits verhandelt worden. Die durch die französische Presse gehende Meldung, daß die deutsche Regierung dem französischen Botschafter in Tokio, Claudel, wegen seiner Haltung im Kriege das Agrement nicht erteilen wolle, ist nicht richtig. Die französische Regierung hat weder offiziell noch inoffiziell eine Anfrage über Claudel in Berlin vorgebracht.

Roucier freigelassen.

Paris, 14. Oktober. Die „Action Française" bringt die überraschende Mitteilung, daß der französische Leutnant Roucier, der wegen der Mordtat in Germersheim in Untersuchungshaft genommen wurde, vorläufig in Freiheit gesetzt worden ist. Die „Action Française" fragt, warum die Regierung dies nicht deutlich erkläre. Poincaré und sein Außenminister wollten anscheinend jenseits des Rheins nur den Glauben erwecken, daß der Leutnant noch im Gefängnis gehalten würde.

Kaas über Deutschlands Aufgaben in Genf.

Frankfurt a. M., 14. Oktober. In der Gesellschaft für Handels- Industrie- und Wirtschaftsführer sprach gestern das Mitglied der deutschen Delegation in Genf, der Zentrumsabgeordnete Prälat Dr. **Kaas**, über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Aus den Gesprächen, die Kaas mit Loucheur führte, hat er den Eindruck gewonnen, daß der Mensch Briand den guten Willen habe, die Besatzungsthese aufzugeben; **Briand sei ein Verhandlungspartner, mit dem wir viel, ohne den wir nichts erreichen können.** Es müsse daher die Aufgabe der deutschen Politik sein, alles zu vermeiden, was den Briand-Geist in Frankreich hemmen und der Poincaré-Strömung Oberwasser geben könnte.

Bei der Aussprache über die Aufhebung der Militärkontrolle habe die Person des Generals v. Seeckt nicht die geringste Rolle gespielt, **wohl aber habe sich gezeigt, daß die militärähnlichen Organisationen gewisser Wehrverbände die deutsche Politik auf das unangenehmste belasteten (!)** und die Verständigungsbereitschaft auf der Gegenseite erheblich dämpften. Deutschlands Völkerbundspolitik dürfte sich nicht in einem tête à tête mit dem französischen Nachbar erschöpfen: nur in loyaler Zusammenarbeit mit sämtlichen Völkerbundsmächten, insbesondere mit England und nicht zuletzt mit den Vereinigten Staaten müsse die deutsche Politik jene Ziele der politischen Befreiung und der wirtschaftlichen Befriedung anstreben, die den letzten Sinn des Völkerbundsgedankens enthielten.

Jung-Breitscheids Karriere in Genf.

Berlin, 14. Okt. Gegenüber Ableugnungsversuchen des „Vorwärts", wonach der 28jährige Sohn des sozialdemokratischen Abg. Breitscheid nicht in etatsmäßiger Stellung, sondern in einem privaten Dienstverhältnis zu Albert Thomas im Internationalen Arbeitsamt sei, schreibt die „Deutsche Tagesztg.": Es ist einfach unwahr, daß Jung-Breitscheid als Privatsekretär beim Genossen Albert Thomas angestellt sei. Er ist tatsächlich als Uebersetzer in das Internationale Arbeitsamt in der Eigenschaft eines Beamten der Sektion B hineingeschoben worden. Das eigens für ihn geschaffene Pöstchen erscheint auch im diesjährigen gedruckten Etat des Internationalen Arbeitsamtes. Das Anfangsgehalt für einen Beamten der Sektion B beträgt 13 700 Goldfranken im Jahre, jedenfalls eine für einen stellungslosen Studenten ganz annehmbare Summe.

Die Beisetzung des Generalobersten v. Heeringen.

Berlin, 14. Okt. In der Gnadenkirche am Invalidenpark zu Berlin fand heute die Trauerfeier für Generaloberst von Heeringen statt. Der Reichspräsident sowie Reichswehrminister Geßler nahmen an der Trauerfeierlichkeit teil. Offiziere des ehemaligen Grenadierregiments Nr. 9 und des einstigen Füsilierregiments Nr. 8 hielten abwechselnd die Totenwache. Im weiten Halbkreis umstanden die Bahre Fahnendeputationen der Kriegervereinigungen. Eine Fülle von Blumen mit schwarz-weiß-roten Schleifen umgaben die Bahre, darunter ein Kranz des Kaisers. Unter den Trauergästen befanden sich neben dem als Vertreter des Kaisers erschienenen Prinzen Oskar von Preußen zahlreiche Vertreter der ehemaligen Generalität, sowie der Reichswehr und der Marine. Man sah den Generalobersten a. D. v. Seeckt, die Generale v. Crammon, v. Hutier, Sixt v. Arnim usw. Ebenso waren vertreten der Stahlhelm und der Reichskriegerbund Kyffhäuser. Die Trauerversammlung begrüßte den Reichspräsidenten durch Erheben von den Sitzen. Feldprobst Dr. Schlegel hielt die Trauerrede. Unter Glockengeläut und Trommelwirbel setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Voran marschierte eine Reichswehrkompagnie mit Musik. Dann folgten die Kranzdeputationen, hinter ihnen die Lafette mit dem Sarg, dem der Reichspräsident, die Witwe des Dahingeschiedenen mit ihren Söhnen und die übrigen Trauergäste folgten. Die Gruft auf dem Invalidenfriedhof liegt unmittelbar gegenüber dem Grabe Richthofens, des berühmten deutschen Fliegers.

Abreise Hindenburgs nach Braunschweig.

Berlin, 14. Oktober. Reichspräsident v. Hindenburg hat sich heute abend nach Braunschweig begeben, um einer Einladung zum Besuche der braunschweigischen Regierung zu folgen. Der Reichspräsident ist vom Staatssekretär Meißner und Major v. Hindenburg begleitet. (W. T. B.)

Ehrenpreise der Berliner Polizeiausstellung

Berlin, 14. Oktober. Der neue Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Dr. Abegg, nahm heute in der Polizeiausstellung die feierliche Ueberreichung der vom Ministerium des Innern zur Verfügung gestellten Ehrenpreise an die an der Ausstellung beteiligten Industriefirmen vor. Er dankte in einer Ansprache den industriellen Ausstellern. Es wurden acht große Staatspreise, 35 Staatspreise und 85 Ehrenurkunden verteilt. Unter den Inhabern der Staatspreise befinden sich auch die Firmen Ernemann, Icawerke und Fritz Reicher in Dresden.

Rücktritt des bayrischen Kultusministers.

München, 14. Oktober. Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus erfährt, hat sich Kultusminister Dr. Matt bereits am Montag von den Beamten seines Ministeriums verabschiedet und sein offizielles Rücktrittsgesuch eingereicht.

Italien und das Internationale Arbeitsamt.

Scharfe Angriffe gegen Italiens Neunstundentag.

Genf, 14. Oktober. Die 33. Session des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes nahm heute vormittag in Genf ihren Anfang. Zu Beginn der Sitzung gab der Vertreter der spanischen Regierung, Graf Alten, die Erklärung ab, daß Spanien trotz seines Austretens aus dem Völkerbund weiterhin an der Ausgestaltung der internationalen Arbeitsorganisation mitarbeiten werde. Sodann wurde das Bureau des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsdauer bestätigt, und zwar als Präsident Fontaine (Frankreich), als Vizepräsident und Vertreter der Arbeitergruppe Carlier (Belgien) und Oudegeest (Niederlande) als Vertreter der Arbeitergruppe.

Es folgte die Behandlung des Berichtes des Direktors Albert Thomas. Beim Kapitel internationale Arbeitsgesetzgebung entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage des Achtstundentages. Es wurde auf das Vorgehen der belgischen Regierung hingewiesen, die die Washingtoner Konvention vorbehaltlos ratifiziert habe. Der **deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Feig** schilderte in deutscher Sprache die Aussichten der Ratifizierung des Abkommens durch Deutschland. Er erklärte, daß bereits ein Arbeitsschutzgesetzentwurf ausgearbeitet sei, der die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorsehe. Der deutsche Arbeitnehmervertreter **Hermann Müller** erklärte, die deutsche Arbeiterschaft habe beschlossen, ein besonderes Notgesetz einzubringen, um die Regelung des Achtstundentages vor der Durchführung des allgemeinen Arbeitsschutzgesetzes vorwegzunehmen. Darauf **kam es zu**

lebhaften Angriffen gegen Italien.

Der italienische Delegierte wurde um mehrere Aufschlüsse ersucht über das von der italienischen Regierung erlassene Dekret vom 30. Juni dieses Jahres, das im Gegensatz zu den in London getroffenen Abmachungen den Neunstundentag einführt. An diesem Dekret wurde von seiten der Arbeitergruppe lebhafte Kritik geübt. Namens der Arbeitergruppe ersuchte Jouhaux (Frankreich) den Verwaltungsrat eindringlich, gegen das Dekret zu protestieren. **Der britische Arbeitsdelegierte Poulten sprach sogar von einem Austritt der Arbeitergruppe aus der internationalen Arbeitsorganisation.** Der italienische Delegierte de Michelis erwiderte, die italienische Regierung, die bekanntlich das Washingtoner Abkommen mit Vorbehalt ratifizierte, habe bis zur Ratifikation durch die großen Industrieländer das Recht, den italienischen Unternehmer zu gestatten, die Arbeitszeit täglich auf neun Stunden auszudehnen.

Der Orkan in der Eiderniederung.

Rendsburg, 14. Okt. Ueber die Eider-Niederung ist gestern eine neue Katastrophe hereingebrochen. Der unvermindert weitertobende Orkan verwandelte das von den Ortschaften Hohn, Oha, Sophienhamm, Friedrichsgraben und Friedrichsholm begrenzte Gebiet in eine Wasserwüste. Die Chaussee zwischen Oha—Friedrichsholm wurde überschwemmt und mußte gesperrt werden. Bei Friedrichsstadt erreichte die Eider gestern abend erneut einen Stand von 2,50 Meter über normal.

Weitere Schäden der Sturmflut.

Hamburg, 14. Oktober. Durch die Sturmfluten der letzten Tage wurden die unterelbischen Kiegeleien besonders schwer heimgesucht. **So wurden in der Bützflether Kiegelei rund 1½ Million Steine zerstört.** Das Ueberschwemmungsgebiet der Eider und ihrer Nebenflüsse wurde von einer Regierungskommission unter der Führung des Schleswiger Landrates besucht. **Der Schaden am Husumer Außendeich ist größer, als zunächst angenommen wurde.** Die frühere Bruchstelle hat standgehalten. Insgesamt sind 40 tiefe Löcher zu zählen. Das herausgerissene Erdreich ist verschwunden. **In Rothenkrug in Nordschleswig wurde das Zelt des Wanderzirkus Belli vollkommen zerfetzt.**

Das neue tschechische Regierungsprogramm.

Neue Wege zum Ausgleich der nationalen Gegensätze?

Prag, 14. Oktober. In der heutigen Sitzung des Prager Abgeordnetenhauses stellte sich die neue Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Svehla vor. **Finanzminister Dr. English** erstattete zunächst ein Exposé zu dem Budgetentwurf, wobei er u. a. ausführte: Das diesjährige Budget weist ein Aktivum von 20 Millionen auf. Wenn es nach den vorjährigen Methoden aufgestellt worden wäre, würde es mit mehr als einer halben Milliarde aktiv sein. Das gesamte öffentliche Budget beträgt etwa 15,5 Milliarden. In Besprechung der wirtschaftlichen Situation und der Aussichten für die Zukunft erklärte der Minister, daß das Jahr 1926 nicht besonders günstig sei. Das zeige sich in dem Sinken des auswärtigen Handels und in der Arbeitslosigkeit. Diese betrage gegenwärtig 2,1 Prozent und betreffe besonders die Textil- und die Metallindustrie. Der Minister erklärte, die tschechische Krone sei vollkommen gefestigt. Die Reserven seien weit größer als im Vorjahre. Die Staatsschuld betrage zurzeit rund 35 Milliarden Kronen.

Hierauf gab der Ministerpräsident

die Regierungserklärung

ab. Er führte u. a. aus, daß die parlamentarische Arbeit in der Erledigung des Budgetentwurfs, der Lösung der Steuerreform und der Wehrmachtsfrage bestehen werde. **Eine große Aufgabe sei die Lösung der Wirtschaftskrise.** Die neue Regierung bedeute eine erweiterte politische Grundlage des Parlamentarismus in der Tschecho-Slowakei und sei eine neue, bedeutungsvolle Etappe in der Entwicklung des Staates. Während die tschecho-slowakische Staatskunst auf die Stabilisierung innerhalb und außerhalb der Grenzen hinwirke, bleibe sie auch bei der Lösung der eigenen Probleme nicht stehen und die Anteilnahme der Angehörigen aller Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Nation, Konfession und sozialen Schichtung an dieser Stabilisierung sei der sichere Ausdruck des ehrlichen Willens zur Arbeit. **So schlössen sich die arbeitswilligen Elemente heute zu gemeinsamer Arbeit zur Schaffung eines harmonischen Zusammenlebens in dem durch die Grenzen des tschechisch-slowakischen Staates und seine hohe historische Sendung in Mitteleuropa gegebenen Rahmen zusammen.** Die aus den verschiedenen Volkskulturen entspringenden Differenzen würden zwar nicht verschwinden, aber es müsse gelingen und sei notwendig, diese Differenzen zu mildern. **In dieser Richtung werde die Regierung neue Wege einschlagen, und sie glaube, daß die Demokratie, die die Lösung des sozialen und kulturellen Kampfes erzielte, auch die Lösung des nationalen Zusammenlebens und die nationale Zusammenarbeit ermöglichen werde.** — In der Erklärung wurde die Tatsache der Teilnahme von zwei deutschen Ministern an der neuen Regierung mit besonderen Worten nicht erwähnt.

In der weiteren Sitzung machte der zum Minister ernannte deutsche Abgeordnete des Bundes der Landwirte, **Dr. Spina**, die Mitteilung, daß er auf die Funktion eines Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses verzichte. Nach den Erklärungen Svehlas und English wurde entgegen den Anträgen der Opposition beschlossen, die Debatte über diese Erklärungen auf morgen zu vertagen.

Deutsche Beamte in den Prager Zentralstellen?

(Durch Funkspruch.)

Prag, 14. Okt. Blättermeldungen zufolge soll es demnächst zu der Ernennung einiger höherer deutscher Beamter in den Zentralbehörden kommen. Diese Ernennungen sollen das erste Resultat des Eintritts der Deutschen in die Regierung darstellen. (W. T. B.)

Faschistische Sprengungsmanöver gegen die Koalition.

Prag, 14. Okt. Gestern fand in Prag eine Zusammenkunft der faschistischen Verbände statt, in der gegen die Teilnahme der tschechischen Nationaldemokraten an einer tschechisch-deutschen Regierungsmehrheit scharf Stellung genommen wurde. **Die Faschisten haben, wie verlautet, den tschechischen Nationaldemokraten ein Ultimatum gestellt, binnen einer Woche aus der Regierungsmehrheit auszutreten und diese so in eine Minderheit zu verwandeln,** andernfalls würde es zu einem Austritt der Faschisten aus der nationaldemokratischen Partei kommen. Die Stellungnahme der slowakischen Volkspartei zu der neuen Regierung ist noch nicht festgelegt. Das Blatt der Partei „Slowak", kündigt der neuen Regierung schärfste Opposition an. Wie verlautet, wollen die Slowaken die Rückkehr ihres Führers, des Paters Hlinka, aus Amerika abwarten, ehe sie ihre Entscheidung treffen. Man erwartet, daß sie eine Vertretung in der neuen Regierung fordern werden. (W. T. B.)

Deutsch-tschechische Gullfahrtverhandlungen.

Prag, 14. Oktober. Am kommenden Sonntag werden sich, wie eine Prager Lokalkorrespondenz meldet, die Vertreter des Arbeitsministeriums, Sektionschef Dr. Schmaus und Oberrat Janek nach Berlin begeben, um dort Verhandlungen über ein tschecho-slowakisch-deutsches Flugverkehrsabkommen zu eröffnen. (W. T. B.)

Nicht nach Schema F

erschlicht die Zuweisung von Bewerbern durch den öffentlichen Arbeitsnachweis. Die Vermittlung erfolgt ausschließlich nach dem Grundsatz bester Eignung u. keinesfalls nach der Nummer

Anruf: 25881 und 24831

jetzt Malerstraße 17

SLUB
Wir führen Wissen.